VG Ansbach

Urteil vom 22.4.2008

Tenor

1. Die Klage wird abgewiesen.
2. Der Kläger hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Insoweit ist das Urteil vorläufig vollstreckbar. Dem Kläger wird nachgelassen, die Vollstreckung durch Sicherheitsleistung in Höhe der festgesetzten Kosten abzuwenden, wenn nicht der Beklagte vorher Sicherheit in gleicher Höhe leistet.

Tatbestand

Der ... geborene Kläger ist irakischer Staatsangehöriger. Er reiste im ... 2001 ins Bundesgebiet ein und beantragte seine Anerkennung als Asylberechtigter. Dieses Begehren wurde zunächst durch Bescheid des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge vom 5. März 2002 umfänglich abgelehnt. Nach Inanspruchnahme gerichtlichen Rechtsschutzes durch den Kläger stellte das Bundesamt mit Bescheid vom 1. August 2002 fest, dass die Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 AuslG vorliegen.

Auf Antrag vom 6. August 2002 erhielt der Kläger daraufhin seit 7. August 2002 stets befristete Aufenthaltsbefugnisse, zuletzt gültig bis 6. August 2006.

Mit Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge vom 6. Juli 2005 wurde die mit Bescheid vom 1. August 2002 getroffene Feststellung, dass die Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 AuslG vorliegen, widerrufen und festgestellt, dass die Voraussetzungen des § 60 Abs. 1 AufenthG sowie Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 2 bis 7 AufenthG nicht vorliegen. Dieser Bescheid ist nach erfolgloser Klageerhebung hiergegen seit 14. Oktober 2005 bestandskräftig.

Am 28. Juli 2006 beantragte der Kläger die Verlängerung seiner Aufenthaltserlaubnis.

Mit Schreiben des Beklagten vom 9. Januar 2007 wurde der Kläger zur beabsichtigten Versagung des Antrages auf Aufenthaltserlaubnis sowie zur beabsichtigten Abschiebungsandrohung angehört.

Hierzu ließ der Kläger mit Schreiben seines Bevollmächtigten vom 25. Januar 2007 im Wesentlichen vortragen, dass die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 Satz 2 AufenthG in

Betracht komme. Der Kläger komme aus dem Zentralirak und in seiner Heimatstadt sei ein paritätisches Verhältnis zwischen den bekannten religiösen Gruppen, Schiiten und Sunniten. Es komme zu erheblichen Auseinandersetzungen. Dies bedeute eine erhebliche Gefahr im Fall der Rückkehr. Der Kläger komme ohne Inanspruchnahme von Sozialleistungen aus und verfüge über ausreichenden Wohnraum.

Mit Bescheid des Beklagten vom 12. März 2007 wurde der Antrag auf Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis abgelehnt (Ziffer 1). Dem Kläger wurde die Abschiebung in den Irak oder in einen anderen aufnahmebereiten oder aufnahmeverpflichteten Staat unter Setzung einer Ausreisefrist bis 30. April 2007, spätestens jedoch einen Monat nach Vollziehbarkeit der Ziffer 1 angedroht (Ziffer 2).

Dieser Bescheid wurde dem Bevollmächtigten am 23. März 2007 gegen Empfangsbestätigung zugestellt.

Hiergegen ließ der Kläger mit Schreiben seines Bevollmächtigten vom ... 2007, bei Gericht am ... 2007 eingegangen, Klage erheben und beantragen,

dem Kläger unter Aufhebung des Bescheides vom 12. März 2007 die beantragte Aufenthaltserlaubnis zu verlängern.

Als Begründung wurde im Wesentlichen vorgetragen, dass sich der Kläger länger als fünf Jahre im Geltungsbereich des Aufenthaltsgesetzes rechtmäßig aufhalte und damit die Voraussetzungen der Richtlinie 2003/109/EG erfüllt seien.

Der Beklagte beantragte

Klageabweisung.

Art. 4 der Richtlinie enthalte zu den Ziffern b, c und d keine Festlegung. Insoweit bestehe für die Mitgliedstaaten eine Option, die entsprechenden Aufenthaltszeiten anzurechnen oder nicht anzurechnen. Es sei konsequent, wenn Aufenthaltszeiten, die während des Bestehens der jeweiligen Rechtsstellung (Art. 3 Abs. 2 Buchst. b, c, d) an sich einen Ausschluss der jeweiligen Drittstaatsangehörigen von der Anwendung der Richtlinie zu Folge hätten, bei der Berechnung des Fünfjahreszeitraumes nicht angerechnet würden.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhaltes wird Bezug genommen auf den Inhalt der Behördenakte und der Gerichtsakte sowie auf die über die mündliche Verhandlung gefertigte Niederschrift.

Entscheidungsgründe

Die Klage ist zulässig, jedoch unbegründet.

Der Bescheid des Beklagten vom 12. März 2007 ist nicht rechtswidrig und verletzt den Kläger nicht in seinen Rechten, da er keinen Anspruch auf Erteilung des begehrten Aufenthaltstitels (§ 113 Abs. 5 Satz 1 VwGO) hat und ihm zu Recht auch die Abschiebung unter Fristsetzung angedroht wurde.

Die Erteilung eines Aufenthaltstitels nach § 25 Abs. 2 AufenthG scheidet aus, da die Flüchtlingseigenschaft des Klägers unanfechtbar widerrufen wurde. Gleiches gilt für die Erteilung eines Aufenthaltstitels nach § 25 Abs. 3 AufenthG, da mit bestandskräftigem Bescheid des Bundesamtes vom 6. Juli 2005 festgestellt wurde, dass Abschiebeverbote nach § 60 Abs. 2 bis 7 AufenthG nicht vorliegen.

Auch die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 und 5 AufenthG, die im Ermessen der Ausländerbehörde besteht, kommt nicht in Betracht.

Die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 AufenthG scheidet schon deshalb offensichtlich aus, da der Kläger einen Daueraufenthalt anstrebt. Zudem sind die im Klageverfahren vorgetragene Gesichtspunkte nicht geeignet, dringende humanitäre oder persönliche Gründe oder erhebliche öffentliche Interessen aufzuzeigen, die die vorübergehende weitere Anwesenheit erfordern würden (§ 25 Abs. 4 Satz 1 AufenthG). Es sind keine besonderen Umstände ersichtlich, die aufzeigen, dass sich der Kläger in einer Sondersituation befände, die sich deutlich von der Lage vergleichbarer Ausländer unterscheidet. Ebenso wenig liegen die Voraussetzungen des § 25 Abs. 4 Satz 2 AufenthG vor. Es ist nicht davon auszugehen, dass für den Kläger auf Grund besonderer Umstände des Einzelfalles das Verlassen des Bundesgebietes eine außergewöhnliche Härte bedeuten würde. Eine individuelle Sondersituation, auf Grund deren den Kläger die Aufenthaltsbeendigung nach Art und Schwere des Eingriffs wesentlich härter treffen würde als andere Ausländer, deren Aufenthalt zu beenden ist, ist nicht erkennbar. Die Umstände im Heimatland können eine außergewöhnliche Härte im Sinne des § 25 Abs. 4 Satz 2 AufenthG nicht aufzeigen (vgl. hierzu auch vorläufige Anwendungshinweise des Bundesministeriums des Innern, Nr. 25.4.2.4).

Auch die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG kommt vorliegend nicht in Betracht. Die Ausreise des Klägers ist nicht aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich. Das Bundesamt hat im Fall des Klägers bestandskräftig festgestellt, dass Abschiebungshindernisse nach § 60 Abs. 2 bis 7 AufenthG nicht vorliegen. Auch bei der Entscheidung über eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG aber ist die Ausländerbehörde nicht zu einer eigenen inhaltlichen Prüfung von Abschiebungsverboten nach § 60 Abs. 2, 3, 5 und 7 AufenthG berechtigt, sondern bleibt gemäß § 42 Satz 1 AsylVfG an die (positive oder negative) Feststellung des Bundesamtes hierzu gebunden (BVerwG, 27.6.2006, 1 C 14/05). Anhaltspunkte, dass im Herkunftsland eine extreme landesweite allgemeine Gefahrenlage besteht, auf Grund deren ausnahmsweise eine eigene Prüfungszuständigkeit der Ausländerbehörde hinsichtlich eines Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 7 AufenthG in Betracht gezogen werden könnte (vgl. BVerwG a. a. O.), sind nicht gegeben.

Die Erteilung eines Aufenthaltstitels nach § 26 Abs. 4 AufenthG kommt ebenfalls nicht in Betracht. Dies gilt selbst bei Anrechnung des durch rechtzeitige Antragstellung auf Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis fiktiv fortgeltenden Aufenthaltstitels, da diese Fortgeltung mit Entscheidung des

Beklagten am 12. März 2007 endete (§ 81 Abs. 4 AufenthG) und der Kläger damit keinesfalls – auch mit entsprechenden Anrechnungszeiten – über sieben Jahre eine Aufenthaltserlaubnis besessen hat.

Zutreffend hat der Beklagte ausgeführt, dass die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach der Bleiberechtsregelung vom 17. November 2006 ebenfalls nicht möglich ist, da die erforderlichen Aufenthaltszeiten nicht erfüllt werden.

Der Kläger hat auch keinen Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis auf der Grundlage der Richtlinie 2003/109/EG vom 25.11. 2003. Diese Richtlinie wurde durch §§ 9 a bis c AufenthG mittlerweile in das nationale Recht umgesetzt (Gesetz vom 19.8.2007 BGBl I S. 1970). Voraussetzung für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Daueraufenthalt-EG ist nach § 9 a Abs. 2 AufenthG u. a., dass sich der Ausländer seit fünf Jahren mit Aufenthaltstitel im Bundesgebiet aufhält. § 9 a Abs. 2 AufenthG ist hier jedoch dann nicht anzuwenden, wenn der Ausländer einen Aufenthaltstitel nach Abschnitt 5 besitzt, der nicht auf Grund des § 23 Abs. 2 AufenthG erteilt wurde, oder eine vergleichbare Rechtstellung in einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union inne hat (§ 9 a Abs. 3 Nr. 1 AufenthG).

Dies aber ist beim Kläger der Fall, der von August 2002 bis August 2006 im Hinblick auf seine Rechtstellung nach § 51 AuslG im Besitz einer Aufenthaltsbefugnis war, die entsprechend dem ihrer Erteilung zu Grunde liegenden Aufenthaltszweck und Sachverhalt seit 1. Januar 2005 als Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 2 AufenthG fortgalt. Damit besaß der Kläger einen Aufenthaltstitel nach Abschnitt 5 des Aufenthaltsgesetzes, der nicht auf Grund Art. 23 Abs. 2 AufenthG erteilt wurde und der damit bei der Prüfung der Voraussetzungen des § 9 a Abs. 2 Nr. 1 AufenthG, ob der Ausländer sich seit fünf Jahren mit Aufenthaltstitel hier aufhält, nicht berücksichtigt wird.

Eine andere Betrachtungsweise ergibt sich auch aus der Richtlinie selbst nicht. Die Kammer folgt insoweit der Rechtsprechung der 5. Kammer des Verwaltungsgerichts Ansbach, die in dem bereits in der mündlichen Verhandlung angesprochenen Urteil vom 31. Januar 2008 (AN 5 K 07.02292) insoweit folgendes ausführt:

„... dasselbe gilt auch dann, wenn insoweit abweichend vom Wortlaut des § 9 a Abs. 2 AufenthG darauf abzustellen sein sollte, ob sich der Ausländer gemäß Art. 4 Abs. 1 RL 2003/109/EG fünf Jahre lang ununterbrochen rechtmäßig hier aufgehalten hat. Hierfür spricht auch der Wortlaut des Art. 3 Abs. 2 c RL/2003/109/EG, wonach die Richtlinie keine Anwendung auf Drittstaatsangehörige findet, denen der Aufenthalt auf Grund subsidiärer Schutzformen ... genehmigt wurde.

Die Richtlinie verlangt demzufolge nach ihrem Wortlaut nicht, dass die Genehmigung des Aufenthalts auf Grund subsidiärer Schutzformen nach wie vor Bestand hat. Dabei kann auch dem Umstand, dass hinsichtlich der Anrechnung der Zeiten des Besitzes eines Aufenthaltstitels nach dem fünften Abschnitt des Aufenthaltsgesetzes bzw. der Zeiten nach Art. 3 Abs. 2 b bis d RL/2003/109/EG in § 9 b AufenthG ebenso wie in Art. 4 Abs. 2 und 3 RL/2003/109/EG keine Regelungen getroffen wurden, nicht entnommen werden, dass diese Zeiten bei der Berechnung der Dauer des Besitzes eines Aufenthaltstitels bzw.

des rechtmäßigen Aufenthaltes (in vollem Umfang) zu berücksichtigen sind und dass damit nach einem fünfjährigen Aufenthalt auf Grund eines humanitären Aufenthaltsrechts und dem Wegfall der Voraussetzungen für dieses Aufenthaltsrecht als Folge eines entsprechenden Widerrufs durch das Bundesamt die Voraussetzungen für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Daueraufenthalt-EG erfüllt sind. Dies ergibt sich auch daraus, dass ein Kommissionsentwurf von 1991 noch die Einbeziehung von Flüchtlingen in den Anwendungsbereich der RL/2003/109/EG vorsah, im Rat aber beschlossen wurde, Flüchtlinge im Hinblick auf deren spezifische Situation von der Geltung der Richtlinie auszunehmen, in Verbindung mit dem Beschluss, zu einem späteren Zeitpunkt einen gesonderten Richtlinienvorschlag über die Anwendung der Daueraufenthaltsrichtlinie zu beschließen. Mit dem Vorschlag für eine Richtlinie zur Änderung der RL/2003/109/EG vom 6. Juni 2007 hat die Kommission vorgeschlagen, Personen mit internationalem Schutzstatus in dem Mitgliedsstaat, der ihnen Schutz gewährt hat, unter den selben Bedingungen wie anderen Drittstaatsangehörigen eine Daueraufenthaltserlaubnis EG zu erteilen (Hailbronner, Ausländerrecht, § 9 a AufenthG, RdNr. 53). Auch daraus ergibt sich, dass Flüchtlinge bzw. schutzbedürftige Personen grundsätzlich von der Anwendung der RL/2003/109/EG ausgenommen sein sollten, was aber zur Folge hat, dass die Zeiten, in denen sie im Besitz eines humanitären Aufenthaltsrechts nach dem fünften Abschnitt des Aufenthaltsgesetzes waren, nach Wegfall der Voraussetzungen für dieses Aufenthaltsrecht dann für die Erteilung der Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG nicht zu berücksichtigen sind.“

Der Beklagte hat demzufolge die Erteilung eines Aufenthaltstitels zu Recht abgelehnt. Die Abschiebungsandrohung unter Fristsetzung zur freiwilligen Ausreise ist ebenfalls rechtlich nicht zu beanstanden.

Kosten: §§ 154 Abs. 1, 161 Abs. 1 VwGO.

Vorläufige Vollstreckbarkeit: § 167 Abs. 2 VwGO i. V. m. §§ 708 Nr. 11, 711 ZPO.

Beschluss

Der Streitwert wird auf 5.000,- EUR festgesetzt (§ 52 Abs. 2 GKG).